

ESV

ARBEITSRECHT IN DER BETRIEBLICHEN PRAXIS

Band 45

Kündigung im Arbeitsrecht

Ein Leitfaden für Arbeitgeber und Arbeitnehmer

Von

Dr. Michael Meyer

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
ESV.info/978 3 503 13661 2

ISBN 978 3 503 13661 2
ISSN 1614-9203

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2011
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Satz: multitext, Berlin
Druck und Bindung: Danuvia Druckhaus, Neuburg/Donau

Vorwort

Dieser Leitfaden ist für die arbeitsrechtliche Praxis, in der Kündigungen eine zentrale Rolle spielen. Bereits die Vorbereitung einer Kündigung ist komplex und fehleranfällig. Zusätzliche Anforderungen beispielsweise in Form von Anhörungen oder dem Aufstellen von Sozialplänen und Interessenausgleichen sind an Betriebe mit Arbeitnehmervertretungen gestellt. Außerdem können die Betriebs- oder Personalräte den Kündigungen unter bestimmten Voraussetzungen widersprechen und den Arbeitnehmern dadurch zumindest zeitweise den Arbeitsplatz sichern. Zwar enden dann viele Kündigungsverfahren recht früh im Vergleich, ohne dass die teilweise komplexen Fragestellungen abschließend geklärt wurden, weil die Parteien ihre Risiken minimieren und möglichst schnell Klarheit für die Zukunft haben möchten. Eine interessengerechte und damit ausgewogene Regelung kann aber nur gefunden werden, wenn alle an der Kündigung Beteiligten ihr juristisches Handwerk verstehen und gleichzeitig mit den typischen Gepflogenheiten der Arbeitsrechtspraxis vertraut sind.

Dieser Leitfaden versucht, dem Praktiker ein übersichtliches, dogmatisch fundiertes aber gleichwohl auch kurzgefasstes Hilfsmittel zu sein. Versehen mit Praxistipps sowie Antrags- und Schriftsatzmustern soll er Personalleitern, Rechtsanwälten, Betriebsräten und Parteivertretern einen raschen Überblick verschaffen, die Alltagsprobleme bei Kündigungen aufzeigen, Sicherheit vermitteln und Lösungsvorschläge unterbreiten.

Betrachtet wird dabei der gesamte „Kündigungsprozess“, von dem der Kündigungsschutzprozess nur einen Ausschnitt bildet. Kündigungsrechtliche Fragestellungen beginnen weit vor Klageerhebung und enden keinesfalls zwingend mit der Rechtskraft des Urteils.

Das Buch ist deswegen in vier Teile untergliedert, die sich freilich teilweise überschneiden.

Der erste Teil hat die Kündigungserklärung und ihre vorprozessualen Probleme zum Gegenstand. Besonderes Augenmerk wird dabei auf Vollmachtsprobleme und die Freistellung gelegt.

Der zweite Teil behandelt den Kündigungsschutzprozess mit seinen vielfältigen Möglichkeiten. Ein Schwerpunkt liegt bei den Klagefristen und den

konkreten Antragstellungen, die auch ständig im Prozessrecht tätigen Rechtsanwälten mitunter Kopfzerbrechen bereitet. Ein zweiter Schwerpunkt ist die Anhörung des Betriebsrats als vielleicht häufige (ungenutzte) Fehlerquelle.

Der dritte Teil beschäftigt sich mit den für die Praxis enorm wichtigen Weiterbeschäftigungsanträgen und deswegen zwingend auch mit der einstweiligen Verfügung.

Im Arbeitsrecht Tätige müssen zwar keine Spezial-(Fachanwalts-)Ausbildung im Sozialrecht haben, die für ein Kündigungsverfahren notwendigen Grundlagen, insbesondere zum Sperrzeitrecht, werden aber benötigt und deswegen im vierten Teil dargestellt.

Für Anregungen, Kritik und Verbesserungsvorschläge bin ich jederzeit dankbar.

Neu-Isenburg, im Juli 2011

Dr. Michael Meyer

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	13
Abkürzungsverzeichnis	21
1. Teil: Die Kündigung vor Klageerhebung	
A. Die Kündigungserklärung	31
I. Notwendiger Inhalt	32
II. Die Schriftform des § 623 BGB	34
B. Zugang der Kündigungserklärung	41
I. Zugang unter Anwesenden	41
II. Zugang unter Abwesenden	42
III. Zugangsvereitelung	45
IV. Empfangsvertreter	45
V. Vertretung im Kündigungsschutzprozess	46
VI. Empfangsbote	49
VII. Zustellung durch den Gerichtsvollzieher	50
VIII. Zugangsfiktion im Arbeitsvertrag	52
IX. Persönliche- oder Botenzustellung	52
C. Kündigungsbefugnis	55
I. Kündigung durch den „Nicht-Arbeitgeber“	55
II. Kündigung durch Vertreter ohne Vertretungsmacht (§ 164 BGB)	57
III. Vertreter ohne vorgelegte Vollmachtsurkunde	61
D. Fristen	69
I. Zeitpunkt der Kündigung	70
II. Kündigungsfrist	70
E. Kündigungsverzicht	75
I. Durch Abmahnung	75
II. Durch Entscheidung des Arbeitsgerichts	77
F. Formeller Begründungszwang	79
I. Gesetzliche Sonderregelungen	79

II.	Tarifvertraglicher und vertraglicher Begründungszwang ..	80
G.	Materielle Kündigungsgründe gem. § 1 KSchG	81
I.	Anwendbarkeit des Kündigungsschutzgesetzes	81
II.	Die Kündigungsgründe	82
H.	Ausschluss der Kündigung	111
I.	Vertraglicher Ausschluss	111
II.	Kündigungsverbot aufgrund Interessenausgleich oder Betriebsvereinbarung	112
III.	Tarifvertraglicher Ausschluss	112
I.	Bedingung und Änderungskündigung	115
I.	Bedingung	115
II.	Änderungskündigung	116
J.	Freistellung	121
I.	Einseitige Freistellung (Suspendierung)	121
II.	Freistellungsvertrag	125
III.	Inhalt des Freistellungsvertrags	131
III.	Unwiderrufliche Freistellung	141
IV.	Anderweite Beschäftigung und Wettbewerb	144
V.	Ablehnung der Freistellung und des Urlaubs	145
VI.	Dienstwagen in der Freistellungs- und der Kündigungsphase	146
K.	Die Anhörung des Betriebsrats gem. § 102 BetrVG	149
I.	Das Verfahren	150
II.	Darlegungs- und Beweislast im Prozess	157
 2. Teil: Kündigungsschutzprozess		
A.	Klagefrist des § 4 KSchG	163
I.	Andere Unwirksamkeitsgründe	164
III.	Die falsche Kündigungsfrist	166
IV.	Verbleibende Varianten	167
B.	Behördliche Genehmigungen (§ 4 S. 4 KSchG)	169
I.	Schwerbehindertenschutz	169
II.	Mutterschutz	171
C.	Klageanträge	175
I.	Klageantrag nach § 4 KSchG	176

II.	Mehrere Kündigungen	177
III.	Allgemeiner Feststellungsantrag nach § 256 ZPO	179
IV.	Kündigung im Prozess	183
D.	Formelle und inhaltliche Anforderungen	185
I.	Unterschriftenerfordernis	185
II.	Klageeinreichung	185
III.	Beklagter im Kündigungsschutzprozess	186
IV.	Begründung der Klageanträge	191
E.	Versäumung der Klagefrist (§ 5 KSchG)	193
I.	Zulassungsgründe	193
II.	Antragstellung und Begründung	195
III.	Entscheidung des Arbeitsgerichts	197
F.	Die Funktion des § 6 KSchG: Verlängerte Anrufungsfrist ...	199
I.	Reichweite	199
II.	Gerichtliche Hinweise	201
G.	Ausbildungsverhältnis	203
H.	Kündigungsrücknahme und Anerkenntnis	205
I.	Auflösung durch Urteil gem. § 9 KSchG	207
I.	Lösungsmöglichkeit des Arbeitgebers	208
II.	Lösungsmöglichkeit des Arbeitnehmers	211
III.	Schadensersatz gem. § 628 Abs. 2 BGB	212
IV.	Verfahrensrechtliches	213
J.	Vergleich	217
K.	Prozessarbeitsverhältnis	223
I.	Risiko für den Arbeitgeber	223
II.	Keine Annahmeverpflichtung für den Arbeitnehmer ...	224
III.	Böswilliges Unterlassen bei Ablehnung	224
IV.	Schriftform	225
V.	Schriftliche Mitteilung	226
L.	Vergütung	227
I.	Klage auf künftige Leistung	229
II.	Ausschlussfristen	232
M.	Anrechnung (§ 615 BGB, § 11 KSchG)	235
I.	Anrechenbares Einkommen	235

II.	Strategien für den Arbeitgeber	237
III.	Beweislast	238
N.	Beschäftigung nach Prozessende (§ 12 KSchG)	239
I.	Rückkehr zum alten Arbeitgeber	239
II.	Keine Rückkehr zum alten Arbeitgeber	240
O.	Wettbewerbsverbot während des Kündigungsprozesses	243
3. Teil: Weiterbeschäftigung bis zum rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens		
A.	Allgemeiner Weiterbeschäftigungsanspruch	249
I.	Ablauf der Kündigungsfrist bis zum Urteil erster Instanz .	249
II.	Urteil erster Instanz	250
III.	Urteil zweiter Instanz	251
IV.	Vergütungsfolgen	252
V.	Weiterbeschäftigungsantrag	256
VI.	Einstweilige Verfügung	257
B.	Weiterbeschäftigungsantrag des § 102 Abs. 5 BetrVG	261
I.	Voraussetzungen des § 102 Abs. 5 BetrVG	262
II.	Rechtsfolgen der Weiterbeschäftigung	270
III.	Darlegungs- und Beweislast	271
IV.	Vergütungsfolgen	271
V.	Durchsetzung der tatsächlichen Weiterbeschäftigung durch den Arbeitnehmer	272
VI.	Verteidigungsmöglichkeiten des Arbeitgebers	274
C.	Vollstreckung	283
4. Teil: Sozialrechtliche Schnittstellen		
A.	Arbeits- und Beschäftigungsverhältnis	287
I.	Der leistungsrechtliche Beschäftigungsbegriff	287
II.	Der beitragsrechtliche Beschäftigungsbegriff	289
III.	Anspruch auf Arbeitslosengeld	290
B.	Arbeitssuchendmeldung gem. § 38 Abs. 1 SGB III	291
C.	Arbeitslosenmeldung	295
D.	Arbeitsbescheinigung gem. § 312 SGB III	297

E. Sperrzeiten	299
I. Sperrzeit wegen Arbeitsaufgabe	299
II. Rechtsfolgen der Sperrzeit	301
III. Zeitpunkt	302
F. Ruhen wegen Urlaubsabgeltung oder Entlassungsentschädigung	305
I. Urlaubsabgeltung	305
II. Entlassungsentschädigung	306
G. Anspruchsübergang	307
H. Krankenversicherung	309
I. Krankengeld	311
I. Anspruchsvoraussetzungen	311
II. Rückforderungsansprüche der Krankenkasse	312
Literaturverzeichnis	315

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsübersicht	7
Abkürzungsverzeichnis	21
1. Teil: Die Kündigung vor Klageerhebung	27
A. Die Kündigungserklärung	31
I. Notwendiger Inhalt	32
II. Die Schriftform des § 623 BGB	34
1. Schriftform und Stellvertretung	35
a) Unterschied Stellvertreter und Bote	35
b) Abgrenzung Stellvertreter („i.V.“ oder Bote („i.A.“)	37
c) Konsequenzen für die Praxis	37
2. Anwaltliches Vorgehen bei formunwirksamer Kündigung	38
3. Wirksamkeit trotz fehlender Schriftform	39
B. Zugang der Kündigungserklärung	41
I. Zugang unter Anwesenden	41
II. Zugang unter Abwesenden	42
1. Postzustellung	42
2. Schriftsatzkündigung	43
III. Zugangsvereitelung	45
IV. Empfangsvertreter	45
V. Vertretung im Kündigungsschutzprozess	46
1. Der Arbeitgebervertreter	47
2. Der Arbeitnehmervertreter	48
VI. Empfangsbote	49
VII. Zustellung durch den Gerichtsvollzieher	50
1. Zustellungsauftrag	51
2. Arten der Zustellung	51
VIII. Zugangsfiktion im Arbeitsvertrag	52
IX. Persönliche- oder Botenzustellung	52
C. Kündigungsbefugnis	55
I. Kündigung durch den „Nicht-Arbeitgeber“	55

II.	Kündigung durch Vertreter ohne Vertretungsmacht (§ 164 BGB)	57
1.	Fristsetzung zur Genehmigung	59
2.	Beanstandung in entsprechender Anwendung der §§ 178, 180 BGB	61
III.	Vertreter ohne vorgelegte Vollmachtsurkunde	61
1.	Kenntnis von der Vollmacht (§ 174 S. 2 BGB)	62
a)	Bei rechtsgeschäftlicher Vollmacht	62
b)	Bei gesetzlicher Vollmacht	63
2.	Zurückweisung im Kündigungsschutzprozess	65
3.	Rechtsnatur und Grund der Zurückweisung	65
4.	Unverzüglichkeit bei der Zurückweisung	66
5.	Rechtsfolge der Zurückweisung	66
6.	Varianten der Zurückweisung	67
D.	Fristen	69
I.	Zeitpunkt der Kündigung	70
II.	Kündigungsfrist	70
E.	Kündigungsverzicht	75
I.	Durch Abmahnung	75
II.	Durch Entscheidung des Arbeitsgerichts	77
F.	Formeller Begründungszwang	79
I.	Gesetzliche Sonderregelungen	79
1.	§ 9 Abs. 3 MuSchG	79
2.	§ 22 Abs. 3 BBiG	80
II.	Tarifvertraglicher und vertraglicher Begründungszwang ..	80
G.	Materielle Kündigungsgründe gem. § 1 KSchG	81
I.	Anwendbarkeit des Kündigungsschutzgesetzes	81
II.	Die Kündigungsgründe	82
1.	Personenbedingte Kündigungsgründe	82
a)	Die krankheitsbedingte Kündigung	83
aa)	Häufige Kurzerkrankungen	84
bb)	Langanhaltende oder dauernde Erkrankungen .	87
b)	Die anderen personenbedingten Gründe	87
2.	Verhaltensbedingte Kündigungsgründe	89
a)	Fristlose Kündigung (§ 626 BGB)	89
b)	Ordentliche Kündigung	94
3.	Betriebsbedingte Kündigung	97

a)	1. Schritt: Wegfall des Beschäftigungsbedarfs infolge einer unternehmerischen Entscheidung	99
b)	2. Schritt: Dringende betriebliche Erfordernisse	101
c)	3. Schritt: Sozialauswahl	103
d)	Beispiele aus der Rechtsprechung des BAG	105
H.	Ausschluss der Kündigung	111
I.	Vertraglicher Ausschluss	111
II.	Kündigungsverbot aufgrund Interessenausgleich oder Betriebsvereinbarung	112
III.	Tarifvertraglicher Ausschluss	112
I.	Bedingung und Änderungskündigung	115
I.	Bedingung	115
II.	Änderungskündigung	116
1.	Individualrechtliche Seite	116
2.	Kollektivrechtliche Seite	119
J.	Freistellung	121
I.	Einseitige Freistellung	121
1.	Beschäftigungsanspruch im gekündigten Arbeitsverhältnis	121
2.	Beschäftigungsanspruch in der Insolvenz	124
3.	Freistellungsanspruch des Arbeitnehmers	125
II.	Freistellungsvertrag	125
1.	Angebot und Annahme	126
a)	Am Arbeitsplatz	126
b)	Zustellung per Post	129
c)	Im Arbeitsvertrag	129
2.	AGB-Kontrolle	130
III.	Inhalt des Freistellungsvertrags	131
1.	Widerrufliche Freistellung ohne zusätzliche Erklärungen	131
a)	Hinsichtlich des anderweiten Verdienstes	132
b)	Hinsichtlich des Wettbewerbsverbots	133
c)	In Bezug auf Urlaub	134
2.	Widerrufliche Freistellung und Urlaub	135
3.	Nicht unwiderrufliche Freistellung und eigenständiger Urlaub	138
4.	Vorsorgliche Urlaubserteilung	140
5.	Widerruf der Freistellung	140

6. Vergütung in der Freistellung	141
IV. Unwiderrufliche Freistellung	141
1. Angebot ohne Anrechnungsbestimmung	142
2. Angebot mit Anrechnungsbestimmung	143
V. Anderweite Beschäftigung und Wettbewerb	144
VI. Ablehnung der Freistellung und des Urlaubs	145
VII. Dienstwagen in der Freistellungs- und der Kündigungsphase	146
K. Die Anhörung des Betriebsrats gem. § 102 BetrVG	149
I. Das Verfahren	150
1. Sphäre des Arbeitgebers	150
a) Informationen zur Person	152
b) Kündigungsart und Frist	152
c) Nachschieben von Kündigungsgründen	153
d) Kündigungen außerhalb des Kündigungsschutz- gesetzes	154
2. Sphäre des Betriebsrats	156
II. Darlegungs- und Beweislast im Prozess	157
2. Teil: Kündigungsschutzprozess	159
A. Klagefrist des § 4 KSchG	163
I. Andere Unwirksamkeitsgründe	164
II. Anfechtung	165
III. Die falsche Kündigungsfrist	166
IV. Verbleibende Varianten	167
B. Behördliche Genehmigungen (§ 4 S. 4 KSchG)	169
I. Schwerbehindertenschutz	169
II. Mutterschutz	171
1. Zustimmung trotz Kenntnis nicht eingeholt	172
2. Zustimmung eingeholt	173
3. Keine Kenntnis des Arbeitgebers	173
C. Klageanträge	175
I. Klageantrag nach § 4 KSchG	176
II. Mehrere Kündigungen	177
III. Allgemeiner Feststellungsantrag nach § 256 ZPO	179
1. Bei Unanwendbarkeit (§§ 4, 13 KSchG)	179

2. Als Schleppnetzantrag	180
a) Gesonderter Antrag	180
b) Gesonderte Begründung	181
IV. Kündigung im Prozess	183
D. Formelle und inhaltliche Anforderungen	185
I. Unterschriftenerfordernis	185
II. Klageeinreichung	185
III. Beklagter im Kündigungsschutzprozess	186
1. Beigefügtes Kündigungsschreiben	187
2. Beklagter in der Insolvenz	188
a) Verfahren	188
b) Kündigungsbefugnis und Passivlegitimation	188
IV. Begründung der Klageanträge	191
E. Versäumung der Klagefrist (§ 5 KSchG)	193
I. Zulassungsgründe	193
II. Antragstellung und Begründung	195
1. Glaubhaftmachung	196
2. Frist	197
III. Entscheidung des Arbeitsgerichts	197
F. Die Funktion des § 6 KSchG: Verlängerte Anrufungsfrist ...	199
I. Reichweite	199
II. Gerichtliche Hinweise	201
G. Ausbildungsverhältnis	203
H. Kündigungsrücknahme und Anerkenntnis	205
I. Auflösung durch Urteil gem. § 9 KSchG	207
I. Lösungsmöglichkeit des Arbeitgebers	208
1. Begrenzung auf Fälle der Sozialwidrigkeit	208
2. Auflösungsgründe	210
II. Lösungsmöglichkeit des Arbeitnehmers	211
III. Schadensersatz gem. § 628 Abs. 2 BGB	212
IV. Verfahrensrechtliches	213
J. Vergleich	217
K. Prozessarbeitsverhältnis	223
I. Risiko für den Arbeitgeber	223
II. Keine Annahmeverpflichtung für den Arbeitnehmer ...	224

III.	Böswilliges Unterlassen bei Ablehnung	224
IV.	Schriftform	225
V.	Schriftliche Mitteilung	226
L.	Vergütung	227
I.	Klage auf künftige Leistung	229
II.	Ausschlussfristen	232
M.	Anrechnung (§ 615 BGB, § 11 KSchG)	235
I.	Anrechenbares Einkommen	235
II.	Strategien für den Arbeitgeber	237
III.	Beweislast	238
N.	Beschäftigung nach Prozessende (§ 12 KSchG)	239
I.	Rückkehr zum alten Arbeitgeber	239
II.	Keine Rückkehr zum alten Arbeitgeber	240
1.	Höherer Verdienst im alten Arbeitsverhältnis	240
2.	Höherer Verdienst im neuen Arbeitsverhältnis	241
O.	Wettbewerbsverbot während des Kündigungsprozesses	243
3. Teil:	Weiterbeschäftigung bis zum rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens	245
A.	Allgemeiner Weiterbeschäftigungsanspruch	249
I.	Ablauf der Kündigungsfrist bis zum Urteil erster Instanz	249
II.	Urteil erster Instanz	250
III.	Urteil zweiter Instanz	251
IV.	Vergütungsfolgen	252
V.	Weiterbeschäftigungsantrag	256
VI.	Einstweilige Verfügung	257
1.	Bis zum Ablauf der Kündigungsfrist (Beschäftigungsanspruch)	257
2.	Nach Ablauf der Kündigungsfrist (Weiterbeschäftigungsanspruch)	258
B.	Weiterbeschäftigungsantrag des § 102 Abs. 5 BetrVG	261
I.	Voraussetzungen des § 102 Abs. 5 BetrVG	262
1.	Ordentliche Kündigung	262
2.	Fristgemäßer Widerspruch	262
3.	Beschluss nach § 33 BetrVG	263

4.	Widerspruchsgründe	263
	a) Fehlerhafte soziale Auswahl (§ 102 Abs. 3 Nr. 1 BetrVG)	263
	b) Verstoß gegen Auswahlrichtlinie (§ 102 Abs. 3 Nr. 2 BetrVG)	265
	c) Weiterbeschäftigungsmöglichkeit auf einem anderen Arbeitsplatz (§ 102 Abs. 3 Nr. 3 BetrVG) .	266
	d) Möglichkeit der Weiterbeschäftigung nach Umschulung oder Fortbildung (§ 102 Abs. 3 Nr. 4 BetrVG)	267
	e) Weiterbeschäftigung unter geänderten Vertrags- bedingungen mit Einverständnis des Arbeit- nehmers (§ 102 Abs. 3 Nr. 5 BetrVG)	267
5.	Kündigungsschutzklage des Arbeitnehmers	268
6.	Verlangen des Arbeitnehmers	269
II.	Rechtsfolgen der Weiterbeschäftigung	270
III.	Darlegungs- und Beweislast	271
IV.	Vergütungsfolgen	271
	1. Kein Weiterbeschäftigungsverlangen	271
	2. Weiterbeschäftigungsverlangen	271
V.	Durchsetzung der tatsächlichen Weiterbeschäftigung durch den Arbeitnehmer	272
VI.	Verteidigungsmöglichkeiten des Arbeitgebers	274
	1. Aktive Geltendmachung durch den Arbeitnehmer ...	275
	a) Tatbestandsvoraussetzungen	275
	b) Auf Befreiung von der Weiterbeschäftigung	275
	aa) Gem. Ziff. 1	276
	bb) Gem. Ziff. 2	276
	cc) Gem. Ziff. 3	276
	2. Passives Verhalten des Arbeitnehmers	277
	a) Gegen die Anspruchsvoraussetzungen des § 102 Abs. 3 i.V.m. Abs. 5 S. 1 BetrVG	277
	aa) Negative Feststellungsklage (§ 256 ZPO)	277
	bb) Einstweilige Verfügung auf negative Feststellung	278
	b) Entbindungsverfügung	278
	aa) Entbindung nur ex nunc	279
	bb) Meinungsstand	279
	cc) Das Verfahren	281

C. Vollstreckung	283
4. Teil: Sozialrechtliche Schnittstellen	285
A. Arbeits- und Beschäftigungsverhältnis	287
I. Der leistungsrechtliche Beschäftigungsbegriff	287
II. Der beitragsrechtliche Beschäftigungsbegriff	289
III. Anspruch auf Arbeitslosengeld	290
B. Arbeitsuchendmeldung gem. § 38 Abs. 1 SGB III	291
C. Arbeitslosmeldung	295
D. Arbeitsbescheinigung gem. § 312 SGB III	297
E. Sperrzeiten	299
I. Sperrzeit wegen Arbeitsaufgabe	299
II. Rechtsfolgen der Sperrzeit	301
III. Zeitpunkt	302
F. Ruhen wegen Urlaubsabgeltung oder Entlassungsentschädigung	305
I. Urlaubsabgeltung	305
II. Entlassungsentschädigung	306
G. Anspruchsübergang	307
H. Krankenversicherung	309
I. Krankengeld	311
I. Anspruchsvoraussetzungen	311
II. Rückforderungsansprüche der Krankenkasse	312
Literaturverzeichnis	315
Stichwortverzeichnis	319